

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500; Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adamez

22. Dezember 1950

Blatt 2290

Die Budgetverhandlungen im Wiener Rathaus =====

22. Dezember (Rath.Korr.) Die Spezialdebatte über das Kapitel Bauangelegenheiten wurde bis heute etwa 1 Uhr früh fortgesetzt.

GR. Dipl.Ing. Rieger (ÖVP) beschäftigt sich mit Fragen der Planung und mit Verkehrsfragen. Er bringt in diesem Zusammenhang eine Reihe von Anregungen, insbesondere für die künftige Ausgestaltung von Austellungen über die Stadtplanung.

Zum Wohnungsbau gibt der Redner die Anregung, ob es nicht möglich wäre, schon jetzt in den neuen Gemeindebauten für Fernheizungsanlagen vorzusorgen.

Bei den Straßenbauten bemängelte er den späten Baubeginn vieler Vorhaben in diesem Jahr und greift besonders den Umbau der Simmeringer Hauptstraße heraus, durch deren späte Fertigstellung Mehrkosten von 21 Prozent entstanden sind. (Hört! Hört!-Rufe von der ÖVP.) Eine zeitgerechte Planung für Straßenbauten müsse bereits im Jänner oder Februar einsetzen.

Dipl.Ing. Rieger kritisiert den langsamen Umbau der Malinowskibrücke und den Umstand, daß sich bei den bereits umgebauten Teil immer wieder Reparaturen ergeben. Er regt auch an, beim Bau der Marienbrücke eine neue Baumethode mit Vorspannbeton, die sich in Westdeutschland ausgezeichnet bewährt hat, endlich auszuprobieren.

Hinsichtlich Kanalisation ersucht der Redner den Referenten, um genauere Auskünfte über die Planung des Leopoldauer Kanals.

Bei der öffentlichen Beleuchtung weist der Redner auf die Diskrepanz zwischen der Behauptung von Stadtrat Jonas hin, daß die Straßenbeleuchtung bereits den Friedensstand erreicht habe, während er gleichzeitig ausführte, daß mit dem Ausbau der halb-

nächtlichen Beleuchtung erst begonnen werde. Die Versuche mit Leuchtstoffröhren zur öffentlichen Beleuchtung begrüßt der Redner.

Dipl.Ing. Rieger stellt sich dann gegen die geplante Liquidierung des Kuchelauer Bades und vertritt die Forderung nach einem modernen Strombad für Wien.

Zum Abschluß seiner Ausführungen ersucht der Redner, seine Anregungen in die Planung der Stadtbaudirektion einzubauen, damit dann, wenn die Mittel dafür zur Verfügung stehen, diese wichtigen Punkte rasch in die Tat umgesetzt werden können.

GR. Dipl.Ing. Keller (parteilos) bemerkte, daß von vielen Rednern Anregungen auf dem Gebiete des Bauwesens gegeben wurden, die man in die Tat umsetzen sollte. Hierzu fehlen jedoch leider die notwendigen Mittel. Ihre Beschaffung wäre also die vordringlichste Frage. Er sieht in einer Änderung des derzeitigen Notenbankgesetzes die einzige Möglichkeit. Er erklärt, an Stelle der Nationalbank müsse eine Staatsbank kommen, in der nur die Volksvertretung das Recht haben soll, über Kreditvergebungen zu bestimmen.

GR. Tschak (ÖVP) betont, die Bevölkerung werde es gewiß mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen, wenn das Budget sachlich und richtig durchbesprochen wird. Wenn es die Nörgler, Besserwisser und Stänkerer auch nicht wahrhaben wollen, so sind dennoch in Wien große Fortschritte erzielt worden. Die Koalition der beiden großen Parteien hat bewiesen, daß sie ernstlich gewillt war, das durchzuführen, was die Bevölkerung braucht. Der Gemeinderat könne mit Stolz der Bevölkerung seinen Rechenschaftsbericht vorlegen.

Der Redner geht hierauf auf die Vergebung der von der Gemeinde gebauten Wohnungen ein und verlangt, daß diese Verteilung in demokratischer Art und Weise vor sich geht. Er appelliere an den sozialistischen Koalitionspartner, auch durch Taten zu beweisen, daß die Wohnungen nicht nur nach dem Parteibüchel vergeben werden, sondern auch an solche Leute, die keiner Partei angehören. So könne man der Bevölkerung beweisen, daß die Koalition SPÖ - ÖVP tatsächlich demokratisch arbeite. Die österreichische Bevölkerung interessiere sich nicht dafür, ob die SPÖ- oder ÖVP-Fraktion etwas gemacht habe, sondern nur dafür, daß für sie gearbeitet wird und daß Österreich und damit auch die Hauptstadt Wien ausgebaut werden. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

GR. Lifka (ÖVP.) beschäftigte sich in einer eineinhalbstündigen Rede zunächst mit Problemen des Wohnungsbaues. Er unterstrich hierbei, daß die Gemeinde Wien auf dem Gebiete des Wohnungsbaues zwar viel geleistet habe, das Wohnungsproblem aber dennoch nicht endgültig lösen konnte. Im Jahre 1919 gab es in Wien 16.000 Wohnungssuchende, und trotz der Errichtung vieler Gemeindebauten waren es im Jahre 1927 wiederum 16.000 Wohnungssuchende.

Der Redner tritt in diesem Zusammenhang für den Bau von Eigentumswohnungen und Siedlungsgenossenschaften ein und stellt den Antrag, daß erstmalig ein kleiner Bruchteil von nur 20 Prozent der für den Wohnungsbau vorgesehenen 330 Millionen Schilling für den Bau von Eigentumswohnungen zur Verfügung gestellt wird. Unter den bisher erfolgten Anmeldungen für diese Wohnungen stammen 75 Prozent von Arbeitern und Angestellten der Privatwirtschaft, 15 Prozent von öffentlichen Angestellten und der Rest von Selbständigen. Es zeigt sich also, daß gerade in den Kreisen der Arbeiter und Angestellten der Gedanke des Wohnungseigentums durchgedrungen ist.

GR. Lifka spricht von dem Idealismus der Siedler, die schwer arbeiten, wenn sie wissen, daß sie mit jedem Spatenstich Eigentum schaffen. Viele Siedler wurden auf diese Weise Wohnungsinhaber, und die Gemeinde Wien ist die Nutznießerin, weil das Wohnungsamt von Wohnungssuchenden befreit wurde.

In diesem Zusammenhang erörtert er auch das Problem von Wohnbauten durch Betriebe, wie sie vor allem auf dem flachen Land von großen Betrieben errichtet werden. Auch auf Wiener Boden sollte der Gedanke solcher Wohnbauten forciert werden. Dadurch würden sich vor allem in den Randgebieten die weiten Anmarschwege vieler Arbeiter verringern und die Freizeit verlängert werden.

Eine andere Idee des Wohnungsbaues wurde der Gewerkschaft der Angestellten in der Privatwirtschaft vorgelegt. Es sollen sogenannte Angestelltenpensionen errichtet werden, die alleinstehenden Angestellten der Sorge um die Haushaltsarbeit entheben. Redner regt einen Kredit der Gemeinde für solche Wohnbauvorhaben an.

Zum Schluß seiner Ausführungen ersucht GR. Lifka die Sozialisten nochmals, daß sie von der starren Linie bei der Wohnbautätigkeit abgehen und alle Möglichkeiten ausschöpfen, um möglichst bald recht viele Menschen, die auf eine Wohnung warten, zu glücklichen Bürgern dieser Stadt zu machen. (Lebhafter Beifall.)

GR. Dr. Prutscher (ÖVP) gibt zunächst einen geschichtlichen und rechtlichen Überblick über Fragen des Eigentums und der Enteignung.

Er betont, es sei auf die Dauer untragbar, daß die öffentliche Hand immer neue Aufgaben übernimmt, da sie dadurch eine immer größere Anzahl von Beamten brauche, was sich letzten Endes in einer immer größeren Steuersumme auswirken müsse. Es sei ein ungesunder Zustand, wenn Gesetzgeber, Wohnungsgeber, Arbeitgeber und Richter dieselbe Person sind, weil dem Staatsbürger dadurch selbst die Möglichkeit genommen wird, an den Gesetzgeber zu appellieren. Die derzeitige Massierung des Eigentums in wenigen Händen müsse durch eine entsprechende Verteilung dieses Eigentums ersetzt werden.

Der Redner bedauert, daß die von der ÖVP angeregte Enquete über die zweckmäßigste Form des Wohnungsbaues und des Baues überhaupt noch immer nicht zustande kam.

Um dem Ziele näherzukommen, wäre der zweckmäßigste Weg, sich über diese Fragen gründlich auszusprechen. Dann würden die Unterschiede in den Meinungen zutage treten, man vermeidet aber gleichzeitig die Gefahr, aneinander vorbeizureden und über die Dinge in Streit zu geraten. Es sollen nicht Parteidogmen gegeneinander ausgespielt werden, es soll zum Nutzen und Wohle der gesamten Bevölkerung ein Weg des gesunden Menschenverstandes und der Vernunft gefunden werden. (Lebhafter Beifall bei der Volkspartei.)

GR. Dr. Ing. Hengl (ÖVP) nimmt für die Landwirtschaft zu dem Entwurf des Wohnungswiederaufbaugesetzes 1950 Stellung und regt einige Änderungen an. Der Gemeinderat werde sich klar werden müssen, welche Gebiete verbaut und was für längere Zeit Grünland bleiben und der Landwirtschaft, dem Wein- und Gartenbau und kleineren Siedlungsgärten dienen soll. Der Redner regt auch die Schaffung einer Dauerwidmung für das Weinbaugebiet im Nordwesten unserer Stadt an, um eine langfristige Planung möglich zu machen. Er stellt mit Freude fest, daß hierfür bereits gewisse Vorarbeiten geleistet wurden.

Solche Dauerwidmungen müßten sich nach der Meinung des Redners auch bei den landwirtschaftlich und gärtnerisch genützten Gründen günstig auswirken. Bei jenen Gründen, bei denen dies nicht möglich wäre, weil sie zur Verbauung vorgesehen sind, müßten die Landwirte und Gärtner als Ersatz an anderer Stelle ein Grundstück zur Verfügung gestellt bekommen.

Der Redner stellt mit Freude fest, daß die Beleuchtung der Zubringerstraßen in die Neurigengebiete wesentlich verbessert werden konnte. Er hofft, daß die noch nicht elektrisch beleuchtete und sehr viel befahrene Grinzinger Straße von der Grinzinger Allee bis zur Sandgasse auch bald elektrisch beleuchtet sein wird.

Er bittet um die Pflege, Wiederherstellung und Reparatur der Zubringerstraßen zu den Weinbaugebieten, die für die Zufuhr von Dünger, Wasser oder zur Ernte bei jedem Wetter benützt werden müssen.

Bei Gemeindebauten in diesen dörflichen Weinbaugebieten solle auf den architektonischen Schutz dieser Gebiete Bedacht genommen werden.

Als GR. Schwaiger (ÖVP) ans Rednerpult tritt, verlassen die sozialistischen Abgeordneten bis auf GR. Dipl. Ing. Witzmann demonstrativ den Saal.

GR. Schwaiger beschäftigt sich mit den einzelnen Kapiteln des Voranschlages des VI. Hauptstückes. Er spricht über das Stadionbad und gibt die Anregung, ein neues größeres Schwimmbecken zu errichten, weil bei vollem Bad auf 1 m² Wasserfläche drei Personen kommen.

Des weiteren erörtert er Fragen des Wohnungsbaues und der Grundbeschaffung. Er erinnerte daran, daß er schon einmal vorge schlagen habe, mit der Kriegsschadenbehebung an Gemeindebauten dort zu beginnen, wo der geringste Aufwand notwendig ist. Er wundere sich daher, daß heute noch 760 nur leicht beschädigte Wohnungen nicht fertiggestellt sind.

Zu der Schuttbeseitigung zu den Bombenruinen stellt er fest, daß die Österreichische Volkspartei immer dafür war, den Bombenschutt wegzuräumen, weil er eine Brutstätte für alles mögliche Ungeziefer ist. Er gab seinem Befremden Ausdruck, daß Stadtrat Jonas mit einem Seitenblick auf die Volkspartei von einer organisierten Rekursaktion gegen die Schutträumungen gesprochen habe.

Im Hinblick auf die von Stadtrat Jonas angeführten unerledigten Ansuchen der Gemeinde um Fondsmittel führt GR. Schwaiger aus, daß von der ÖVP schon längst der Vorschlag gemacht wurde, mit dem Handelsministerium zu verhandeln und zu erreichen, daß die Gemeinde Wien einstweilen das Geld dafür aus eigenen Mitteln vorstreckt.

Dies hätte umso leichter getan werden können, als bisher noch nie die für den Wohnhausbauveranschlagten Summen zur Gänze ausgegeben worden sind.

Schließlich regt der Redner auch an, die gänzlich veraltete Telephonanlage im Wiener Rathaus durch eine neue und moderne zu ersetzen.

Der Redner weist darauf hin, daß in das Gänsehäufel sehr viel Geld investiert wurde. Leider habe sich aber bereits heuer öfter gezeigt, daß das Gänsehäufel ohne Wasser war. Wann man dort weiterhin Investitionen mache, möge der Stadtrat mitteilen, wie man der Gefahr des Austrocknens des Gänsehäufels begegnen wolle.

Es komme öfter vor, daß in Tagesheimstätten der Kinderfreunde auf Kosten der Gemeinde Wien Planschbecken errichtet werden. (Hört! Hört!-Rufe bei der ÖVP)

Vielleicht wäre es möglich, in städtischen Bädern ebenfalls Sauna-Anlagen einzurichten, da die derzeitigen Preise der Sauna-Bäder für die große Masse der Arbeiter und Angestellten unerschwinglich sind.

Der Stadtrat möge auch mitteilen, für welche Zwecke die noch nicht dem Schulbetrieb dienenden Schulen verwendet werden. In der Singri-nergasse seien drei Schulen von Parteien besetzt gewesen, aber nur die ÖVP sei dem Wunsche des Stadtschulrates nach gekommen und habe die Schule geräumt, während die anderen zwei Schulen noch von SPÖ und KPÖ in Anspruch genommen wurden.

Der Redner repliziert hierauf auf die Ausführungen der GR. Maller und Dr. Matejka und schließt mit einem Dank an den Bund, daß er es durch die gute Beteiligung der Stadt Wien mit Mitteln aus den Finanz-ausgleich möglich gemacht habe, große Summen für den Wohnbau abzu-zu-weigen. Die Mandatäre des Wiener Gemeinderates können stolz darauf sein, daß es gelungen ist, der Wirtschaft unseres Landes so gewaltige neue Impulse zu geben. Er dankte auch der Wiener Bevölkerung für ihren Opferwillen. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP)

Hierauf ergreift GR. Dipl. Ing. Witzmann als einziger De-

batteredner der SPÖ zum VI.Hauptstück das Wort. Zu Beginn seiner Ausführungen nehmen die Gemeinderäte der SPÖ wieder ihre Plätze ein. Auf die verschiedenen Debatteredner eingehend, erklärt der Redner, der GR.Lust habe manches gesprochen, was hohl war, der GR.Hohl manches, was ihm wohl selber keine Lust bereitet hat. (Heiterkeit und Zwischenrufe.)

Es erfülle den Redner mit Genugtuung, daß jeder Gemeinderat gezwungen sein werde, bei der Durchsicht der stenographischen Protokolle das durchlesen zu müssen, was er hier gesprochen hat. (Starker Beifall bei der SPÖ. - Stadtrat Nathschläger: Auch von Ihnen, Herr Kollege!)

Der Redner untersucht den Fortschritt, der auf dem Gebiet des Wohnhausbaues in den letzten Jahren in den Budgets der Gemeinde zu verzeichnen ist und spricht über die einzelnen Vorbedingungen des Wohnhausbaues. So wurden bei der Finanzierung seit 1948 große Fortschritte gemacht. Auch die Planung ist in diesen Jahren weitergekommen. Der Redner betonte, daß dabei Rücksicht auf die realen Möglichkeiten genommen werden muß. Er regt eine Enquete an, die die bisherigen Planungsergebnisse überprüfen sollen und stellt einen Antrag auf Bildung einer Kommission, die aus dem Bürgermeister und den Stadträten der Geschäftsgruppen II (Finanzwesen), VI (Bauwesen), VII (Baubehördliche Angelegenheiten), X (Allgemeine Verwaltung), XI (Städtische Unternehmungen) und zwei Mitgliedern des Gemeinderates^{sich} zusammensetzt. Die Kommission kann auch Fachleute zur Beratung heranziehen.

GR.Dipl.Ing.Witzmann unterstreicht die Notwendigkeit eines Bodenbeschaffungsgesetzes. Er erinnert daran, daß schon im vorigen Jahrhundert von namhaften Fachleuten die Forderung nach einem Enteignungsgesetz erhoben wurde. Er zitiert aus dem "Amtsblatt der Stadt Wien" aus dem Jahr 1897 eine Rede Bürgermeister Dr.Luegers, der damals ein Expropriationsgesetz verlangte:

"Die Schaffung einer neuen Bauordnung, welche den veränderten Verhältnissen entspricht, wird der Gegenstand unausgesetzter Aufmerksamkeit sein. Es muß verhindert

werden, daß Grund und Boden bis zum letzten Quadratmeter unbarmherzig ausgeschrotet wird (Bravo-Rufe); es muß verhindert werden, daß bei Regulierungen und Parzellierungen die Gemeinde alle Lasten zu tragen hat, der Private aber alle Vorteile einheimen kann; es muß Platz für Licht und Luft gelassen werden. (Beifall). Es muß verhindert werden können, daß unsere schöne Stadt durch unglaubliche Geschmacksverirrungen verschandelt werde; es muß eine vernünftige, den historischen Charakter der Stadt wahrende Regulierung durch ein entsprechendes Expropriationsgesetz ermöglicht werden. Da all dies nur im Gesetzgebungswege möglich ist, so ist auch auf diesem Gebiete ein einträchtiges Zusammenwirken aller öffentlichen Faktoren notwendig, und ich werde gewiß das meine hierzu beitragen!"

(Hört! Hört!-Rufe bei der SPÖ.) Was sagen Sie dazu! meint der Redner zu den Bänken der Volkspartei gewendet (GR.Dr.Prutscher: Ich habe Ihnen meinen Standpunkt genau dargelegt!) Redner erwähnt auch, daß in Holland schon seit 1901 ein Wohnungsgesetz existiert, das auch Bestimmungen über Enteignungen enthält.

GR.Dipl.Ing.Witzman n spricht dann von den Einsparungen, die sich bei modernen Bauweisen bis zu 53 % ergeben. Er regt auch den Versuch an, wie in Holland Siedlungsbauten aus Holz auszuführen. Alle Versuche der Gemeinde mit neuen Bauweisen dienen dem Zweck, die Wohnbautätigkeit zu steigern. Dies ist auch der Grund, daß man im Jahre 1950 begonnen hat, die Mansarden auszubauen, was man auch im Jahre 1951 im verstärkten Ausmaß fortsetzen wird. Dies bedeutet auch keinen Rückschritt, da die Mansarden genau so ausgestattet werden wie andere Wohnungen.

Der Redner bedauert es auch, daß sich die Bestimmungen über die Ersatzvornahmen nur auf die Sicherung der Wohnungen beschränken. Er ersucht die ÖVP um ihre Unterstützung zur Schaffung eines eigenen Bundesgesetzes, das diese Wohnungen auch wohnbar gemacht werden können. (Beifall bei der SPÖ)

Redner wendet sich dem Problem der Möbelbeschaffung zu und stellt die Forderung auf, den sozialen Wohnungsbau durch eine soziale Möbelaktion zu krönen, die durchaus nicht eine Aktion der Gemeinde Wien sein müsse.

Er verweist auch darauf, daß der Bund weniger Geld als die Gemeinde für Bauten ausgibt und betont, es falle ihm schwer, an

den guten Willen mancher ÖVP Mandatäre zum sozialen Wohnhausbau zu glauben, wenn er sich an deren Handlungen erinnerte.

Die Mittel für das Wohnungseigentum stammen, wie der Redner betont, aus einem Fonds, der eine Rangliste aufweist, wonach zuerst jene Wohnungen aufgebaut werden sollen, deren Wiederaufbau die geringsten Kosten verursacht. Nun werden aber Eigentumswohnungen mit Baukosten von 100.000 bis 120.000 S erbaut. Würden tatsächlich nur leicht beschädigte Wohnungen aufgebaut, könnte das Vierfache an Wohnungen wieder aufgebaut werden. (Starker Beifall bei der SPÖ.)

Es zeige sich ganz klar, daß die Hausherren seit 1929 die Reparaturkostenbeiträge einfach eingesteckt haben, denn sonst wäre der Althausbesitz heute nicht so verfallen. Hoffentlich werde hier durch die Mietengesetznovelle Wandel geschaffen werden.

Wenn die ÖVP-Redner vom Wiener Hafen sprechen, vergessen sie ganz, daß Wien ja nicht mehr an der Donau liegt. Die Donau höre leider bei Linz auf, nach Wien fließe nur mehr das Wasser ohne Inhalt.

Die Sorge des GR.Pirker, daß vielleicht zu wenig Bauweisen da sein werde, sei unbegründet, da die Gemeinde rechtzeitig vorgesorgt habe.

Die Ansätze dieser Geschäftsgruppe, schließt der Redner, bringen die Voraussetzungen für eine erhöhte Bautätigkeit im Jahre 1951. Da das Budget rechtzeitig eingebracht wurde, kann im kommenden Jahr der Baubeginn schon in das Frühjahr verlegt werden, so daß wir im nächsten Jahr ein großes Stück weiterkommen werden. Deshalb werden die Sozialisten für dieses Budget stimmen. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)

Unterbrechung des Berichtes

Die Bevölkerungsvorgänge in Wien im November
=====

22. Dezember (Rath.Korr.) Dem Verlauf der Heiratskurve der vergangenen letzten Jahre entsprechend, ist auch im November die seit Mitte des Jahres stetig fallende Zahl der Eheschließungen weiter gesunken. Es wurden 1018 Brautpaare getraut, um 200 weniger als im Oktober.

Auch die Geburtenquote ist gesunken. Im Berichtsmonat wurden 923 Lebendgeburten registriert. Der Ausfall gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres beträgt mehr als 200.

2.009 Wiener sind gestorben. Die Zahl der Sterbefälle übersteigt um 1.086 (gegen 985 im November 1949) die Zahl der Geborenen. In der Reihenfolge der hauptsächlichen Todesursachen zeigt sich das gewohnte Bild: auf Herzkrankheiten, die mit 518 Sterbefällen an der Spitze stehen, folgen Krebs mit 431, Gehirnschlag mit 244 und Tuberkulose mit 91 Todesfällen. Insgesamt entfallen auf diese 4 Krankheitsgruppen 65 Prozent, somit fast zwei Drittel aller Todesfälle. Entsprechend den jahreszeitlichen Einflüssen und dem herrschenden Wettercharakter ist bei den Todesfällen infolge Erkrankungen der Atmungsorgane und infolge organischer Herzkrankheiten eine Zunahme zu verzeichnen. Dagegen zeigen einen bemerkenswerten Rückgang die durch Verunglückung verursachten Todesfälle, deren Zahl von 100 im Oktober auf 56 im November gesunken ist. Der Hauptanteil an diesem Rückgang entfällt auf die tödlichen Verkehrsunfälle; ihre Zahl hat sich von 49 im Oktober auf 14 im November verringert.

665 Männer und 784 Frauen d.s. 68 Prozent aller Gestorbenen männlichen und 76 Prozent aller Gestorbenen weiblichen Geschlechtes waren 60 und mehr Jahre alt. Die Vergleichszahlen für den Jahresdurchschnitt 1949 sind 65 und 72 Prozent.

Im ersten Lebensjahr starben 50 Kinder. Diese Zahl liegt unter dem Durchschnitt des Vorjahres.

Autobus-Tagverkehr am Goldenen Sonntag
 =====

22. Dezember (Rath.Korr.) Am Sonntag, dem 24. Dezember, / Goldener Sonntag,
 Heiliger Abend, wird in der Zeit von 8'30 bis 19 Uhr auf den
 Tageslinien

- 4 Schwedenplatz - Stephansplatz - Westbahnhof,
- 7 Karlsplatz - Stephansplatz - Börse,
- 8 Schottengasse - Stephansplatz - Weiskrichnerstraße,
- 9 Bellaria - Stephansplatz

ein Autobusverkehr eingerichtet.

Die Fahrpreise und die Zonengrenzen sind die gleichen wie
 an Werktagen.

Mit Schaufeln und Keilpflügen:
 =====

Schneesäuberung im vollen Umfang

22. Dezember (Rath.Korr.) Die Magistratsabteilung für Stras-
 senpflege hat Donnerstag und Freitag für die Schneesäuberungs-
 arbeiten zu den rund 1000 ständigen Arbeitern noch 2300 Schnee-
 schaufler aufgenommen. Im Laufe des heutigen Tages wurden jedoch
 keine zusätzlichen Arbeitskräfte beschäftigt. Für die Schneesäu-
 berung in den Ausfallstraßen wurden 3 automobile Keilpflüge, in
 den Stadtstraßen 6 automobile Pflüge verwendet.

Bei der Schneeabfuhr waren am Freitag 26 Lastkraftwagen des
 Städtischen Fuhrwerkbetriebes und eine Anzahl von pferdebespann-
 ten Fuhrwerken beschäftigt. Für die Bestreuung der Fahrbahnen
 und Wege wurden 39 städtische Lastkraftwagen verwendet.

Alexander Girardi-Gedächtnisausstellung im Forum
 =====

22. Dezember (Rath.Korr.) Die vom Historischen Museum der
 Stadt Wien veranstaltete Alexander Girardi-Gedächtnisausstellung
 im Lichtspieltheater Forum, 1., Stadiongasse 11, erfreut sich
 nach wie vor des lebhaftesten Interesses. Sie ist bis auf weite-
 res täglich von 15 Uhr bis Kinoschluß frei zugänglich.

Fortsetzung des Berichtes:Der Abschluß des Kapitels Bauangelegenheiten

Heute um 9 Uhr früh wurden die Budgetberatungen mit dem Schlußwort des Amtsführenden Stadtrates für Bauangelegenheiten Jonas fortgesetzt. Zu den Bemängelungen des Gemeinderates Maller, daß im städtischen Wohnhausprogramm die kleinen Wohnungstypen allzu zahlreich seien, verwies er darauf, daß sich diese Wohnungen wesentlich von den seinerzeitigen Kleinwohnungen unterscheiden. Die moderne Bauweise führt dazu, daß ein Teil in Siedlungen mitten im Grünen liegt, während die anderen in der aufgelockerten Form der Blockbauweise ein Maximum an Sonne und Licht ermöglichen. Auch die modernen Möbel sind dieser Bauweise angepaßt.

Zu den Vergleichen des "Abend" beispielsweise mit Budapest Verhältnissen ist zu sagen, daß diese Angaben, daß zahlreiche neue Wohnungen gebaut werden und Arbeiterwohnungen mit Fernheizungsanlagen ausgestattet werden, zu dürftig sind, um zu einem Vergleich verwendet zu werden. Wenn andererseits detaillierte Zahlen gebracht werden, wonach für 6.800 Industriehrlinge, die in 58 Lehrlingsheimen wohnen, 41 Millionen aufgewendet werden, was je Lehrling ungefähr dem Gehalt eines österreichischen Bundesministers entspricht, so kann das nicht Anspruch auf Glaubwürdigkeit erheben.

Auf die Ausführungen des GR.Lust eingehend, erklärt Redner, daß die Wiener Bauwirtschaft ein Lebensinteresse an der Bautätigkeit der Gemeinde Wien hat, und die Gemeinde Wien fast als einziger Auftraggeber versucht, die modernen Bauweisen und die modernen Baumaterialien auszuprobieren, was nicht nur im eigenen Interesse, sondern im Interesse der gesamten Bauwirtschaft gelegen ist. Zu der Kritik, daß die Gemeinde eine zu große Zahl von Einzelräumen baue, erklärt Stadtrat Jonas, daß vermieden werden muß, die unglückliche Lage der Untermieter und Bettgeher zu verewigen. (Starker Beifall bei der SPÖ.) Der Behauptung, daß sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt durch die Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien nicht verbessert habe, hält er entgegen, daß der Wohnungsbelag wesentlich gesunken ist, was einer der wesentlichen Beiträge für den besseren Gesundheits- und moralischen Zustand der Wiener Bevölkerung ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Zu der Behauptung, daß die Gemeinde zu spät mit den ~~Ersatzbau-~~führungen eingesetzt habe, stellt er fest, daß die Gemeinde hier eingeschlagen ist, da diese Aufgabe vom Bund zu lösen gewesen wäre. Überdies stellen sich der Gemeinde oftmals Schwierigkeiten entgegen, manchmal sogar von Hausbesitzern, die teilweise versuchen, aus solchen Wohnungen § 3-Wohnungen zu machen. Ersatzvornahmen an ~~Häusern~~, die wegen ungeklärter Besitzverhältnisse in der Verwaltung der Finanzlandesdirektion stehen, sind wegen der Haltung der Finanzlandesdirektion unmöglich.

Der Stadtrat empfiehlt die Ablehnung des Antrages des GR. Muhlhauser, von der für Neubauten ausgeworfenen Summe 20 Prozent, das heißt 66 Millionen Schilling für Wohnungseigentumsbauten abzuzweigen. Er erklärt hierzu: Bisher ist nirgend durch Wohnungseigentumsbauten auch nur ein Wohnraum mehr gebaut worden, als es auf andere Methode hätte geschehen können. (Zustimmung bei der SPÖ. - Rufe bei der ÖVP: Aber es fließt Geld an den Fonds zurück.) Das Geld, das von den Wohnungseigentümern beigetragen wird, betrifft die Baukosten überhaupt nicht, sondern es tritt nur ein Wechsel im Besitz des Baugrundes ein. (Vizebürgermeister Weinberger: Da sind Sie schlecht informiert!) Die Zahl der Wohnungen würde also nicht um eine vermehrt, wenn wir mit dem vorgeschlagenen Betrag im Wohnungseigentum bauen würden. (Dr. Ing. Hengl: Sie sind unbelehrbar!)

Auf eine Anfrage hinsichtlich der Baukosten der Gemeindewohnungen gibt Stadtrat Jonas auf Grund einer Aufstellung über 13 fertiggestellte Gemeindebauten bekannt, daß im extremen Fall einerseits in der Malfattgasse bei einem Wohnhausbau mit 34 Wohnungseinheiten die Kosten pro Wohnungseinheit 52.800 S, im anderen Falle bei einem Wohnhausbau mit 48 Wohnungseinheiten in der Gogol-gasse die Kosten pro Wohnungseinheit 82.150 S betragen. In beiden Fällen war die durchschnittliche Größe etwa 55 Quadratmeter. Die hohen Kosten bei dem Bau in der Gogolgasse seien durch die kostspieligen Abwässeranlagen verursacht, weil das Haus an einem Abhang steht.

Zu der Kritik, daß die Gemeindewohnungen zu klein wären, um auch Möbel hineinzubringen, erklärt der Stadtrat, dieses Problem sei heute gelöst, weil die Fortschritte auf dem Gebiet der Möbelindustrie es ermöglichen, auch kleinere Wohnräume nett zu möblieren, wie dies die gegenwärtige Ausstellung zeige. (Vizebürgermei-

ster Weinberger: Aber die Leute haben nicht das Geld, sich neue Möbel anzuschaffen!) Jungevermählte Ehepaare kaufen sich heute doch in der Regel neue Möbel, entweder durch Barzahlung oder auf Raten. Überdies entsprechen Belichtung und Besonnung mindestens den Wohnungen, die unter bedeutend schwierigeren Verhältnissen in engverbauten Gebieten errichtet wurden.

Einer ernsten Erwiderung bedürfen jedoch die Äußerungen des GR. Schwaiger, der in zwei Sätzen die Sozialisten schwer verunglimpft habe. Er habe den Sozialisten zugerufen: Das müßt Ihr Euren Vorgängern sagen, die damals wesentlich zum Untergang der Demokratie beigetragen haben! Die ÖVP befinde sich hier in einer sehr problematischen Situation: Sie möchte selbst nicht als Nachfolger der christlichsozialen Partei angesehen, sondern als neue Partei mit neuen Ideen und neuen Männern gewertet werden. Auf der anderen Seite können sich diese Herren nicht enthalten, mit den gleichen Argumenten auf die große, alte, stolze und erfolgreiche österreichische Arbeiterbewegung zurückzuschlagen. (Starker Beifall bei den Sozialisten.) Sie sagen, sie selbst seien damals noch nicht im politischen Leben gestanden. Was auf den einen Teil des Problems zutrifft, muß jedoch auch auf den anderen Teil des Problems zutreffen. Die Österreichische Volkspartei soll sich nicht der Geschichtslügen bedienen, die die christlichsoziale Partei in die Welt gesetzt hat. (Erneuter starker Beifall bei der SPÖ.) Dieser Entwicklung begann in Mödling und in Schattendorf, sie setzte sich fort mit dem Korneuburger Eid und mit den Kraftworten Starhembergs, daß die asiatischen Köpfe in den Sand rollen müßten, und mit den provokatorischen Aufmärschen der Heimwehr in den reinen Arbeiterbezirken. Damals ist Starhemberg mit einer großen Heimwehrgruppe in Floridsdorf eingezogen und im Sprechchor hat es geheißen: Seitz ans Kreuz! (Vizebürgermeister Weinberger: Jetzt heißt es: Figl nieder! - Widerspruch bei den Sozialisten.

22. Dezember 1950 "Rathaus-Korrespondenz" Blatt 2304

Seitz war damals der unbestrittene Vertreter der Floridsdorfer Arbeiter. (GR.Bucher: Was habt Ihr mit Seipel gemacht?) Die christlichsoziale Partei hat damals aus politischer Angst die Demokratie in Österreich untergraben. Knapp vor dem 12. Februar 1934 haben in einer großen Kundgebung die Führer der Heimwehr gesagt: Morgen werden wir ganze Arbeit leisten! (Dr. Ing. Hengl: Wie hat damals Kunschak in diesem Saale gewarnt?)

Wenn diese Republik Österreich nach dem zweiten Weltkrieg in der Welt so viele Sympathien und Freunde gefunden hat, dann nur dank des Umstandes, daß im Februar 1934 die sozialistische Arbeiterschaft als erste in der Welt gegen den österreichischen Faschismus gekämpft hat! (Stürmischer Beifall bei den Sozialisten.) Vizebürgermeister Weinberger: Daß wir vor dem Tode standen, davon sagt Ihr nichts!)

Der GR.Schwaiger habe den Sozialisten weiter zugerufen: Ihr seid Patentdemokraten, wie man sie besser nicht finden kann! Dazu erklärt Stadtrat Jonas: Die Sozialistische Partei hat nach 1945 in Erkenntnis der Umstände, in denen das österreichische Volk auf lange Zeit zu leben gezwungen sein wird, im Interesse der gesamten Bevölkerung die schwersten wirtschaftlichen und politischen Belastungen auf sich genommen. (Beifall bei den Sozialisten. GR.Mazur: Wir auch!) Die politische Lüge von der roten Katze beim Wahlkampf 1949 hat bereits in den September- und Oktobertagen eine wirksame Korrektur erfahren, wie dies auch prominente Vertreter der Volkspartei anerkannt haben. Den Sozialisten war es aber nicht darum zu tun, diese Anerkennung der Volkspartei zu finden, sondern sie hat das nur im Interesse der Demokratie in diesem Staat getan! (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.) Man darf aber nicht auf der einen Seite etwas widerrufen und kurz darauf wieder die gleiche Lüge in die Welt setzen. Wenn diese zweite Republik jetzt in der freien demokratischen Welt so viel Anklang hat und wenn wir allseits das Bemühen sehen, der demokratischen Republik Österreich zu helfen und ihr in dieser heiklen internationalen politischen Lage beizustehen, dann nur dank des Umstandes, weil diese freie Welt gesehen hat, daß die österreichische Arbeiterschaft die Demokratie in Österreich aus ihrem Inneren heraus verteidigen wird! (Stürmischer Beifall

bei den Sozialisten. - Vizebürgermeister Weinberger: Das ganze Volk! - Stadtrat Dkfm. Nathschläger: Das heißt die Tatsachen auf den Kopf stellen!) Der Kampf für die Demokratie im Februar 1934 wurde im gleichen Sinne geführt, wie der Kampf für die Demokratie im Oktober 1950! Die Gemeinderäte der Sozialistischen Fraktion erheben sich von ihren Plätzen und spenden stürmischen Beifall. Zwischen den beiden großen Parteien kommt es zu erregten Gegenreden. Stadtrat Dkfm. Nathschläger: Das sind ja Märchen, was Ihr erzählt! Stadtrat Resch: Ihr seid die Zerstörer! GR. Mühlhauser: Sie können doch nicht alles machen, was Sie wollen! GR. Marek: Das ist unerhört, wir unterstehen doch nicht Eurem Diktat! Vizebürgermeister Weinberger zu Stadtrat Resch: Sie sind der Hetzer! Stadtrat Resch: Nein, Sie sind es, Sie sind schuld mit ihrer aufgeblasenheit! GR. Lötsch versucht beruhigend auf die Gemeinderäte seiner Fraktion einzuwirken. Als Stadtrat Jonas wieder das Wort ergreift, verläßt ein Großteil der Gemeinderäte der Österreichischen Volkspartei den Saal. Als GR. Nora Hiltl zu den Sozialisten gewendet sagt: "Wie die blöden Lausbuben!", kommt es abermals zu Tumultszenen. GR. Marek: So spricht die Jugenderzieherin in christlicher Nächstenliebe! Der Bürgermeister unterbricht für einige Minuten die Sitzung.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärt Stadtrat Jonas, er hätte diese Korrektur an der Rede des GR. Schwaiger vornehmen müssen, da eine Diskriminierung der sozialistischen Arbeiter in diesem Staate zur Entfremdung zwischen den beiden großen Parteien führen könnte. Seine Partei wünscht die Zusammenarbeit, deswegen müssen aber die politischen Auffassungen der Parteien nicht die gleichen sein! Stadtrat Fritsch: Man will uns ja andauernd erpressen!)

Zu dem erwähnten Schlamm im Gänsehäufel, teilt der Redner mit, daß ein entsprechend hoher Betrag zur Beseitigung desselben im Voranschlag aufscheint.

Den von GR.Dipl.Ing.Witzmann eingebrachten Antrag zur Schaffung einer Kommission zur Begutachtung der Planungsarbeiten empfiehlt der Referent der Annahme. Er bittet auch um Annahme der übrigen im Voranschlag aufscheinenden Beträge der Geschäftsgruppe VI. Bei der Abstimmung wurde der Voranschlag ohne die Stimmen des Linksblocks angenommen.

Der Antrag des GR.Mühlhauser, 20 Prozent des Baukapitals für 1951 für den Bau von Wohnungseigentumswohnungen zu verwenden, wurde abgelehnt.

Der Antrag zur Schaffung einer Kommission zur Begutachtung der Planungsarbeiten wurde angenommen.

Die Stadträte Fritsch, Mandl und GR.Marek danken dem Referenten durch Händeschütteln für sein Referat. (Starker Beifall bei der SPÖ.)

Wiener Gemeinderat ohne ÖVP

Bürgermeister Dr.h.c. Körner erteilt nun als Vorsitzender Stadtrat Dr. Robetschek das Wort zu dem Referat über die Geschäftsgruppe VII, Baubehördliche Angelegenheiten. Stadtrat Dr. Robetschek ersucht den Bürgermeister um eine kurze Pause. Daraufhin wird die Sitzung um 10.16 Uhr unterbrochen. Die Gemeinderäte der SPÖ, des Linksblocks und der WdU stehen in kleinen Gruppen im Saal herum und diskutieren. Nach einiger Zeit erscheint GR. Lehner (ÖVP) im Saal und bittet den Bürgermeister um eine Verlängerung der Pause. Diese wird gewährt. Es vergeht ungefähr eine halbe Stunde, dann erscheint um 10.45 Uhr GR. Lehner erneut und ersucht den Bürgermeister, zusammen mit Vizebürgermeister Honay, Stadtrat Jonas und GR. Lötsch zu einer Besprechung zu kommen.

Als nach einer dreieinhalbstündigen Pause der Bürgermeister um 14.20 Uhr die Sitzung wieder eröffnet, erscheinen die Gemeinderäte der ÖVP nicht mehr im Saale. Der Bürgermeister stellt die Verhandlungen über die Geschäftsgruppe VII zurück und gibt vor Eingang in die Verhandlungen über die Geschäftsgruppe VIII, Wohnungsangelegenheiten, eine Erklärung ab. Er teilt mit, daß bei Abbruch der Sitzung von der Galerie her beschimpfende Zurufe geäußert wurden und stellt fest, daß er sie nicht gehört habe, weil er bemüht war, die Ruhe im Saale wieder-

herzustellen. Er macht jedoch die Galerie darauf aufmerksam, daß er diese Beschimpfungen mißbilligen müsse und daß sich die Galerie jedes Zurufes zu enthalten habe, widrigenfalls er die Galerie räumen lassen müsse. Er wißbilligt ferner, daß es zu so lebhaften Zurufen zwischen den Gemeinderäten gekommen ist, wobei auch persönliche Beschimpfungen gefallen sein sollen. Er ersucht die Mitglieder des Hauses, bei den weiteren Verhandlungen die Demokratie zu achten!

Weil wieder gebaut wird, gibt es mehr Wohnungssuchende!

Stadtrat Thaller (SPÖ) spricht sodann über die Ansätze der Geschäftsgruppe VIII, Wohnungsangelegenheiten. An der Spitze seines Referates stellt er die paradoxe Tatsache, daß die Zahl der Wohnungssuchenden steigt, obwohl in Wien sehr viel gebaut wird. Dies komme daher, daß sich früher, als nicht gebaut wurde, viele in ihrer Hoffnungslosigkeit gar nicht um eine Wohnung beworben haben. Nun aber, mit zunehmender Bautätigkeit, hat auch bei vielen wieder der Wunsch nach einer besseren Wohnung durch ein Ansuchen beim Wohnungsamt Ausdruck gefunden. Der Referent bedauerte es in diesem Zusammenhang, daß es noch immer keine statistische Übersicht über den Stand der Wohnungen in Wien gibt, und begrüßt es besonders, daß im kommenden Jahr mit der Volkszählung auch eine Wohnungszählung verbunden sein wird.

Stadtrat Thaller geht dann auf die Gründe des Wohnungsman- gels in Wien näher ein und verweist dabei auf seine Ausführungen in der vorjährigen Budgetdebatte und auf einen von ihm verfaßten Artikel in der Zeitschrift "Der Aufbau" anlässlich des Internatio- nalen Städtebaukongresses in Amsterdam. Eine der Ursachen des steigenden Wohnungsbedarfes sind auch die neuen Eheschließungen. Von 1946 bis September 1950 gibt es im Durchschnitt jährlich rund 17.650 Eheschließungen. Auf der anderen Seite sind die Todesfälle im gleichen Zeitraum jährlich durchschnittlich mit 25.360 fest- gestellt. Wenn man annimmt, daß bei diesen jährlichen Todesfällen ja immer nur der eine Teil eines Ehepaares verstirbt, so bleibt der andere Teil in der Wohnung zurück. Aber selbst wenn man an- nimmt, daß durch die Todesfälle rund 12.000 Wohnungen frei wer- den, bleibt ein Manko von 5000 Wohnungen im Jahr!

Auch die Zahl der Bevölkerung nimmt ständig zu. Seit 1948 hat sich die Wiener Bevölkerung bis September 1950 von 1,686.000 auf 1,755.000 Personen vermehrt. Selbst wenn man annimmt, daß sich diese Zuwanderungen aus größeren Familien zusammensetzen und fünf Menschen pro Haushalt rechnet, so ergibt dies eine Zunahme von mehr als 13.000 Familien.

Wenn man weiter festhält, daß nach einer statistischen Erhebung im Jahre 1948 rund 730.000 Haushalte in Wien festgestellt wurden, aber nur rund 649.000 Wohnungen für diese Haushalte, ergibt sich ein weiteres Manko an Wohnraum.

Stadtrat Thaller betonte, es gebe daraus nur eine Schlußfolgerung, und die heißt: mehr bauen!

12.000 Wiener Häuser sind älter als 80 Jahre

Der Referent beschäftigte sich dann mit dem Zustand der Wiener Häuser und ihrem Alter. Nach einer Statistik aus dem Jahr 1949 für die 21 Wiener Bezirke ergibt sich folgendes Bild: von den insgesamt 60.708 Häusern stammen aus der Zeit vor 1914 42.006, 11.669 stammen aus der Zeit zwischen 1915 und 1929, 5.486 stammen aus der Zeit zwischen 1930 und 1938, 670 meist nur kleine Häuser aus der Zeit zwischen 1939 und 1945, 248 aus der Zeit zwischen 1945 und 1948 und von 629 Häusern ist das Alter unbekannt. Mehr als 12.000 Wiener Häuser sind also älter als 80 Jahre. Dazu kommt noch, daß 80 Prozent der Wiener Wohnungen sogenannte Kleinwohnungen sind. Rechnet man auch, daß nur 36 Prozent aller Wiener Wohnungen das Klosett innerhalb der Wohnung haben, nur 34 Prozent ein Vorzimmer und nur 11 Prozent ein eigenes Badezimmer, dann versteht man das Drängen in die neuen Wohnungen, in denen alles das heute eine Selbstverständlichkeit geworden ist.

Stadtrat Thaller wendet sich in diesem Zusammenhang gegen die Übertreibungen in der Wiener Presse, über die Zahl des jährlichen Abfalles an Wohnungen. Er teilt mit, daß zu Beginn 1950 446 Wohnungen einsturzgefährdet waren. In den 11 Monaten sind 555 neue Fälle dazugekommen. In dieser Zeit ist es aber auch gelungen, 576 Fälle aus einsturzgefährdeten Wohnungen anderweitig unterzubringen, sodaß am Ende des Jahres nur 425 solcher Fälle überbleiben.

Bis Ende Februar keine Familie in einer einsturzgefährdeten
Wohnung

Stadtrat Thaller erklärt unter dem Beifall des Hauses, daß im November eine große Aktion zur Liquidierung der einsturzgefährdeten Fälle begonnen wurde. Er hoffe, bis Ende Februar feststellen zu können, daß kein Wiener mehr in einer einsturzgefährdeten Wohnung zu leben braucht!

Referent stellt fest, daß in den letzten Wochen vom Nationalrat Gesetze beschlossen wurden, die die Arbeit des Wohnungsamtes bedeutend erleichtern. Er begrüßte besonders die Verlängerung und einzelne Verbesserungen des Wohnungsforderungsgesetzes.

Die Rechtsprechung in Wohnungsangelegenheiten

Stadtrat Thaller führt hierauf darüber Klage, daß die Arbeit des Wohnungsamtes durch die Rechtsprechung der Gerichte und insbesondere durch die verschiedenartige Spruchpraxis der Obersten Gerichtshöfe sehr erschwert werde. Wir müssen nach wie vor eine ununterbrochene Flut von Klagen ehemaliger Nationalsozialisten über uns ergehen lassen, die die Rückgabe ihrer Wohnungen und ihrer beschlagnahmten Möbel verlangen. Dadurch wächst leider dauernd die Zahl der Delogierungsfälle, Einige Bezirksgerichte sind einsichtsvoll genug, einem Ersuchen des Wohnungsamtes um Aufschub der Delogierung stattzugeben. Es kommt aber auch vor, daß eine halbe Stunde nach Abweisung des Aufschubbegehrens der Exekutor da ist und die Delogierung durchführt. Wir haben, sagt der Stadtrat, den Justizminister gebeten, daß die Gerichte über die Wintermonate die Delogierungen wieder auf die notwendigsten und unumgänglichsten Fälle einschränken. Der Justizminister hat mir mitgeteilt, daß er schon einige Tage vorher eine Erinnerung an die Erlässe aus den beiden Vorjahren an die Gerichte hinausgegeben hat.

Fast jeder Mieter, der aus seiner Wohnung herausgeht, versuche vorher die Wohnung zu "verwerten". Sogar Notare, die Verlassenschaften abhandeln, maßen sich an, über die Wohnung zu verfügen, und vergeben sie in Untermiete. Das ist ein Mißbrauch und eine Umgehung des Anforderungsgesetzes. Vielfach werde dem Wohnungsamt geraten, unterbelegte Räume in größerer Anzahl anzufordern.

Eine solche Maßnahme würde aber in den meisten Fällen für beide Teile nicht Gutes schaffen. Der einzig richtige Weg, um dem Übel der unterbelegten Wohnungen beizukommen, sei es wohl, einen moralischen Zwang dadurch auszuüben, daß man unterbelegte Wohnräume mit einer namhaften Steuer trifft.

Die Bedeutung des Wohnungsanforderungsgesetzes

Die Bedeutung des Wohnungsanforderungsgesetzes ergäbe sich aus folgenden Zahlen: Seit September 1945 bis November 1950 wurden von den Hauseigentümern 22.096 Wohnungen leer gemeldet. In der selben Zeit hat das Wohnungsamt aber 71.054 Zuweisungen gegeben. Diese Zahl enthält allerdings auch die vorläufigen Benützungsbewilligungen der ersten Zeit. Hätte das Wohnungsamt das Anforderungsgesetz nicht zur Verfügung, würden heute noch 50.000 wohnungsbedürftige Familien ohne Wohnung sein, denn diese Wohnungen wären alle unter der Hand vergeben worden. Das Wohnungsanforderungsgesetz ist auch eine besondere Hilfe beim Wohnungstausch. Im Jahre 1950 wurden von 5.313 neuen Ansuchen wegen Wohnungstausch nur 238 abgelehnt, alle anderen konnten, weil sie eine Verbesserung der Wohnungsverteilung beinhalteten, genehmigt werden.

Außerordentlich wertvolle Dienste leistet das Wohnungsanforderungsgesetz bei der Vergebung aus dem Wohnhaus-Wiederaufbau-fonds wiederhergestellten Wohnungen. Von den bewilligten Bauvorhaben blieben für das Wohnungsamt 269 Häuser zur Bewirtschaftung. Das Wohnungsamt hat bis Ende November 101 dieser Häuser aktenmäßig erledigt. Dabei kam es auch vor, daß Mieter, die früher in diesen Häusern wohnten, nicht mehr unterkommen konnten, weil die meisten Häuser nicht mehr in dem alten Zustand aufgebaut wurden. Bis Ende November 1950 betrug die Zahl dieser Vormieter aus ausgebombten Häusern, die in ihrem alten Haus nicht unterkommen konnten und anderweitig versorgt werden mußten, allerdings nur 55.

Wir werden in den nächsten Monaten unser Hauptaugenmerk auf die Mißbräuche lenken müssen, die möglicherweise mit den Eigentumswohnungen betrieben werden. So seien am letzten Sonntag in einer Tageszeitung drei Inserate von Häuserverwaltungen erschienen, daß sie Eigentumswohnungen in großer Zahl zu verkaufen hätten.

Von der Allgemeinen Terrain-Gesellschaft des Nationalrates Prinke wurde einem Altmietler die Wohnung zuerst um 8.000 S angeboten. Als das Haus fertig war, erhielt der Vormieter jedoch eine weitere Verständigung, die Gesellschaft könne ihm die Wohnung nicht um 8.000 S überlassen; wenn er Anspruch darauf erheben wolle, müsse er einen Betrag von 28.500 S erlegen. (Hört! Hört!-Rufe,) Wenn er nur 8.000 S zur Verfügung habe, könne man ihm nur eine etwas kleinere Wohnung in einem anderen Haus anbieten.

Der Stadtrat gibt seiner Befriedigung Ausdruck, daß es gelungen ist, das Wohnungsanforderungsgesetz um weitere einviertel Jahre bis zum 31. März 1952 zu verlängern. Aber auch dann werde wohl die Zeit noch nicht gekommen sein, um auf dieses Gesetz verzichten zu können.

Noch 3424 Wohnungen von den Besatzungsmächten beschlagnahmt

Der Stadtrat wandte sich sodann dem Problem der von den Besatzungsmächten beschlagnahmten Wohnungen, Villen und Untermieträumen zu. Insgesamt wurden in diesem Jahr von den Besatzungsmächten 406 Wohnungen freigegeben, von den Amerikanern 51, von den Engländern 70, von den Franzosen 269 und von den Russen 16. Dagegen sind immer noch 3.424 Wohnungen von den Besatzungsmächten besetzt, von der amerikanischen 736, von der englischen 353, von der französischen 557 und von der russischen 1778. Dazu kommen noch Zivileinweisungen, das sind Einweisungen von Zivilisten in ehemals beschlagnahmte Wohnungen seitens einer Besatzungsmacht. Diese Zivileinweisungen wurden bis jetzt nur von der russischen Besatzungsmacht bei 700 Wohnungen und 126 Untermieten gehandhabt. Leider beabsichtigt auch die englische Besatzungsmacht, freigegebene Wohnungen auf Grund privater Mietverträge einem zivilen Angehörigen der Besatzungsmacht zu übergeben. Bedauerlicherweise betreiben auch noch Bezirkskommandanten einer Besatzungsmacht Wohnungspolitik auf eigene Faust; sie werden zwar im allgemeinen von ihrer Stadtkommandantur nicht mehr gedeckt, doch muß als Prügelknabe dann das Wohnungsamt herhalten.

Er verweist in diesem Zusammenhang auf bestimmte Vorkommnisse im 2. Bezirk, wo aus einem Haus in der Taborstraße die russische Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft ausgezogen ist, aber auf Befehl des Bezirkskommandanten von den 29 ehemaligen Mietern nur 2 wieder in ihre Wohnungen eingewiesen werden konnten, ferner im 22. Bezirk und in der Wienerfeld-Siedlung und erklärt: diese bedauerlichen Vorfälle werden immer seltener, es ist zu wünschen, sie würden im Jahre 1951 zur Gänze aufhören, wir würden dann ein viel besseres Verhältnis zu allen Besatzungsmächten haben.

9.273 Wohnungszuweisungen in elf Monaten

In den 11 Monaten bis Ende November erfolgten 9.273 Wohnungszuweisungen definitiv; damit wurden 28.009 Personen versorgt. Es waren 6.905 Kleinwohnungen, 2.272 Mittelwohnungen und 96 Großwohnungen. Am 1. Jänner 1950 waren in den Klassen I und II rund 47.000 Vormerkungen, am Ende des Jahres rund 50.000, davon in der Klasse I rund 33.000, in der Klasse II rund 17.000. Die Zahl der Notstandsfälle beträgt 9.866, wobei der 21. Bezirk mit 6.95 Prozent, der 3. Bezirk mit 6.84 Prozent und der 2. Bezirk mit 6.76 Prozent an der Spitze stehen. 5.5 Prozent aller Notstandsfälle sind bedingt durch Einsturz, 32 Prozent durch Obdachlosigkeit, 60.5 Prozent betreffen Delogierungsfälle und 2 Prozent Fälle von Gesundheitsgefährdung.

Von den vorgemerkten Dringlichkeitsfällen betreffen 19 Prozent Wohnungen für ein bis $1\frac{1}{2}$ Personen (als $\frac{1}{2}$ wird ein Kind bis zu 10 Jahren bewertet), 46 Prozent Wohnungen für 2 bis $2\frac{1}{2}$ Personen, 24 Prozent für 3 bis $3\frac{1}{2}$ Personen und 7.5 Prozent für 4 bis $4\frac{1}{2}$ Personen. Das deckt sich mit dem Schlüssel, den das Bauamt für den Bau der einzelnen Wohnungstypen aufgestellt hat, nämlich 20, 45, 25 und 10 Prozent.

Wohnhäuserverwaltung

Die Wohnhäuserverwaltung verwaltet derzeit 74.345 Wohnungen und 4.264 Geschäftslokale, davon sind 439 Wohnhausanlagen mit 61.502 Wohnungen und 2.172 Lokalen, 7 Wohnsiedlungen, 3 Notstandshäuser usw. Stadtrat Thaller bestätigt auch hier die Ausführungen des Stadtrates Jonas und stellt fest, daß das Wohnungsamt bis Ende November vom Bauamt 2.835 neugebaute bezugsfertige Wohnungen übernommen hat und im Dezember 1160 Wohnungen zum Teil schon übernom-

men hat, zum Teil bis Ende des Jahres noch übernehmen wird, also insgesamt 3.995 Wohnungen. Die Gasinstallation in den Familienasylen konnte weiter fortgeführt werden, so daß nur mehr in einem die Gasinstallation erfolgen muß.

Möbelverwaltung und Hausratsdarlehen

Die Abteilung Möbelverwaltung bezeichnet Stadtrat Thaller als ein schwieriges Kapitel seiner Geschäftsgruppe. 2.650 Möbelstücke wurden im heurigen Jahr bedürftigen Personen aus dem Kreis der Opfer des Faschismus zugewiesen. Davon mußten jedoch 123 Stück an die früheren Besitzer zurückgegeben werden. Es wurden 1.866 neue Möbelmietverträge geschlossen. Zusammen sind bisher Mietzinsvorschreibungen für Möbel in der Höhe von 3,728.000 Schilling erfolgt, davon mußten 56.340 Schilling wegen Uneinbringlichkeit abgeschrieben werden. An Vorbesitzer, die ihre Möbel wieder zurückbekamen, mußten 30.046 Schilling rückbezahlt werden.

In der Abteilung für Hausratsdarlehen wurden vom 1. Jänner bis 30. November 1949 741 neue Ansuchen eingereicht. Insgesamt wurden in Wien 17.579 Ansuchen um Gewährung eines Darlehens gestellt. Von diesen wurden bisher 2.917 im Werte von 17,726.500 Schilling genehmigt. Der Referent hofft, daß auf diesem Gebiete im kommenden Jahr eine Besserung eintreten wird, da zehn Prozent der für den Wohnhauswiederaufbaufonds zur Verfügung stehenden Mittel für Hausratsdarlehen verwendet werden sollen.

Kleingärtner, Kleintierzüchter und Ernteländler

Auch die Kleingärtnerbetreuung gehört zum Aufgabenkreis der Geschäftsgruppe VIII. Auf 6.5 Millionen Quadratmeter Grund sind 28.000 Kleingärtner untergebracht. Stadtrat Thaller spricht von den Schwierigkeiten der Spruchpraxis des NS-Gesetzes auf diesem Gebiet. Im Jahre 1950 mußten mehr als 600 Rückstellungen erfolgen. 204 Parzellen mußten wegen Bauvorhaben der Gemeinde geräumt werden. Der Kleingärtnerverband hat eine Generalpacht von 5,5 Millionen Quadratmetern.

Nur 1 Million Quadratmeter wird von der Magistratsabteilung 53 verwaltet. Der Pachtzins pro Quadratmeter beträgt 3 Groschen jährlich. Es ist dies bestimmt ein sehr geringer Betrag. Die Gemeinde muß davon noch alle Steuern und Abgaben leisten.

Auch die Betreuung der Kleintierzüchter obliegt der Magistratsabteilung 53. Zu den vielen Ausstellungen der Siedler, Kleingärtner und Kleintierzüchter wurden Ehrenpreise gestiftet.

Stadtrat Thaller spricht von dem oft sehr unschönen Anblick der Ernteländer und daß sie zum größten Teil zu liquidieren wären. Es soll hier nicht in scharfmacherischer Weise vorgegangen werden; dort wo das Ernteland nicht stört, soll es bleiben. Vielfach müssen aber die Gründe für andere Zwecke freigemacht werden. Auf 2 Millionen Quadratmetern Gemeindegrund und auf 600.000 Quadratmetern Privatgrund befinden sich noch Ernteländer. Gegenüber dem Jahre 1949 zeigt sich hier eine Reduzierung um rund 1,5 Millionen Quadratmeter.

Zu den weiteren Agenden der Magistratsabteilung 53 gehört auch die Schädlingsbekämpfung in den Gärten, Kleingärten und Siedlungen. Sie umfaßt 6 Schädlingsbekämpfungsstationen mit 19 Spritzgeräten. An den Siedler- und Kleingärtnerverband und an gemeinnützige Vereinigungen wurden 50.000 Schilling Subventionen gewährt.

Die Geschäftsgruppe VIII hatte Einnahmen von rund 87 Millionen Schilling, denen Ausgaben von rund 125 Millionen Schilling gegenüberstehen. In den Einnahmen spielen die 49 Millionen Schilling Darlehen aus dem Wohnhauswiederaufbaufonds die größte Rolle. 84,350.000 Schilling wurden für Instandsetzungen an Gemeindegäusern verwendet. Die Einnahmen der Magistratsabteilung 50 sind hauptsächlich aus den Möbelbenutzungsgebühren und zwar 1,018.000 Schilling. Die Magistratsabteilung 52 hat Einnahmen von 33,873.000 Schilling, davon 33,5 Millionen vom Mietzins, Betriebskosten und Grundsteuern und Ausgaben von 57 Millionen Schilling, davon 20 Millionen Schilling für Anlagenerhaltung und 17,5 Betriebskosten und Steuern. Die Zentralwaschküchen und Badeanlagen weisen Einnahmen von 4,280.000 Schilling und Ausgaben von 4,311.000 Schilling auf, davon sind 2,2 Millionen Schilling für Ver-

brauchsmaterialien.

Die Amtshäuserverwaltung hat Einnahmen von 965.000 Schilling, davon 340.000 Schilling Pachtzinse. Die Magistratsabteilung 53 hat Gesamteinnahmen von 1,035.000 Schilling, davon aus Pachtzinsen 340.000 Schilling.

Stadtrat Thaller weist sodann auf die große Zahl der im Stadtratsbüro einlangenden Poststücke hin und bittet um Entschuldigung, weil diese Briefe wegen ihrer großen Zahl oft nicht gleich beantwortet werden können. Vom 1. Jänner bis 15. Dezember 1950 ist im Stadtratsbüro und -sekretariat ein Posteinlauf von 20.219 Stücken, davon 8.400 Wohnungsansuchen, zu verzeichnen. Der Postauslauf betrug 29.651 Schriftstücke.

Der Referent dankt abschließend allen Beamten des Wohnungsamtes, die all ihr Können und Wissen, ihren Eifer und ihre Geduld für die Aufgaben des Wohnungsamtes einsetzten, (Beifall bei der SPÖ.) Diese Beamten sind vielen Verleumdungen ausgesetzt, es ist jedoch heute eine Seltenheit, wenn einer strauzelt. Im Jahre 1950 mußten in zwei solchen Fällen Disziplinaruntersuchungen geführt werden.

Der Redner schließt mit der Bitte um die Mitarbeit aller, bei der Überwindung des Wohnungsmangels.

Als ersten Redner in der Debatte sprach GR. Hausner (LBl). Er verwahrt sich eingangs gegen die Feststellung der heutigen Arbeiter-Zeitung, daß sich die Kommunisten über das Verhalten der ÖVP im Gemeinderat freuen. Er unterstreicht die Ausführungen von GR. Dr. Matejka, der die Differenzen zwischen der SPÖ und ÖVP als ein "Freundschaftsspiel" bezeichnet hatte.

Dann geht der Redner auf die Ausführungen des Referenten näher ein. Er verlangt die Sozialisierung des Wohnungswesens und stellt fest, daß die Anzahl der Notstandsfälle und die Zahl der Wohnungssuchenden auch heuer im wesentlichen gestiegen ist. Das Wohnungsamt sei nicht in der Lage gewesen, den gesteigerten Ansprüchen zu genügen. Er bemängelt auch, daß viel zu wenig Wohnungen für kinderreiche Familien gebaut werden.

Zu der Praxis der Kündigungen und Delogierungen bemerkte er, daß diese vor allem Opfer des Faschismus betreffen oder solche, die durch die Bomben ihre Wohnung verloren haben und später in eine andere Wohnung eingewiesen wurden. Er führt dafür einige Beispiele an.

Dann spricht GR. Hausner über die Wohnungszuteilung und wendet sich gegen die Einmischung in Wohnungsangelegenheiten durch die Bezirksorganisationen der Sozialistischen Partei. Er verwahrt sich in diesem Zusammenhang gegen verschiedene Gerüchte von gewaltsamen Wohnungsbesetzungen und weist den Vorwurf zurück, daß die Kommunistische Partei hier eine organisierte Aktion durchführt. (GR. Sigmund: Das sind keine Gerüchte, ich werde Ihnen das Protokoll vorlegen!)

Die Frage der Behandlung der Zinse unterzieht der Redner einer eingehenden Kritik. Er stellt sich gegen die hohen Mieten in den Gemeindebauten, die manche Leute nicht mehr bezahlen können. (GR. Sigmund: Nur einzelne Mieter!) GR. Hausner: "Sie werden aber immer mehr!" Redner betont dann, die Gemeinde wäre verpflichtet, in der Zinsbildung mehr auf das Einkommen der Arbeiter Rücksicht zu nehmen. Er verlangt, daß die gewählten Mandatäre bei der Zinsbestimmung mitsprechen können und weist auch darauf hin, daß es in der Wohnhäuserverwaltung unter Breitner kein Defizit sondern sogar einen Überschuß gegen habe.

Der Redner kritisiert auch die zu hohen Preise für die Waschküchenbenützung, die in diesem Jahr zweimal erhöht wurden.

Als der Redner durch verschiedene Zwischenrufe aus den Reihen der sozialistischen Gemeinderäte in seinen Ausführungen unterbrochen wird, betätigt der Vorsitzende Bürgermeister Dr.h.c. Körner die Glocke und ersucht, keine Zwischgespräche zu halten.

GR. Hausner spricht dann noch über die Siedlungsbewegung und verlangt deren Förderung durch die Gemeindeverwaltung.

Auf allen Gebieten der Wohnungsanforderung und -zuweisung könnten noch Verbesserungen vorgenommen werden. Die politische Leitung des Wohnungsamtes sollte sich mehr entfalten als bisher. Sie müßte größere Möglichkeiten finden, um den Wohnraum gerechter zu verteilen und ihn rascher dem Wohnungsmarkt zuzuführen. Auf dem Gebiete des Siedlungswesens sollte alles unternommen werden, um der siedlungshungrigen Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, von sich aus an der Linderung der Wohnungsnot mitzuhelfen.

GR. Ing. Haider (WdU) erklärt zu den Ausführungen des Stadtrates Thaller über die Frage entzogener Möbel, man dürfe diese Frage nicht einseitig beleuchten. Man müsse vielmehr auf der anderen Seite auch die Menschen sehen, die oft um ihr Allerletzttes gekommen sind und die sich natürlich um das Wenige, das ihnen geblieben ist, mit aller Gewalt raufen. Es wäre vorteilhaft, im Wohnungsamt eine Auskunftsstelle einzurichten, in der Interessenten erfahren könnten, ob über ihre Möbel bereits endgültig verfügt wurde und ob es aussichtslos sei, den Rechtsweg zu beschreiten. Die Möbelentziehung beruhe schließlich auf einer Schenkungserklärung des Generals Lebedenko, dieser Vorgang laufe jedoch der Haager Landkriegsordnung zuwider. Seine Fraktion werde in dieser Angelegenheit neuerlich einen Antrag stellen.

Im übrigen würden die Unabhängigen den Ansätzen des Kapitels ihre Zustimmung erteilen.

GR. Swoboda (SPÖ) betont, es wäre notwendig, daß alle Parteien allen Ernstes zusammenarbeiten, um endlich die Wohnungsnot erfolgreich zu bekämpfen. Die Sozialisten haben sich dem sozialen Wohnhausbau verschrieben, weil dieser allein die Möglichkeit gibt, die Wohnungsfrage gerecht zu lösen. Dies bedeute auch, daß der Mieterschutz erhalten werden müsse. Das Wohnungsanforderungsgesetz habe auch in seiner heutigen Form noch immer Mängel. Das Wohnungsamt sei dadurch trotz aller Anstrengungen noch immer nicht in der Lage, allen frei werdenden Wohnraum zu erfassen. Trotz aller Bemühungen sei es nicht möglich gewesen, die Bestimmung über die Hausherrenvorschläge aus dem Gesetz zu eliminieren.

Nur der soziale Wohnungsbau bedingt, erklärt der Redner weiter, daß die soziale Wohnkultur in Österreich gehoben wird. Nur er ist der Garant dafür, daß gesunde und hygienisch einwandfreie Wohnungen gebaut werden, die auch in der Mietzinsbildung dem Einkommen der arbeitenden Bevölkerung entsprechen. Zu dieser Wohnkultur gehört aber auch die Wohnungseinrichtung. In eine gesunde und hygienisch eingerichtete Wohnung solle man nicht mit alten Gerümpel einziehen.

Die gegenwärtige Ausstellung "Die Frau und ihre Wohnung" zeige der Bevölkerung neue Wege für eine neue Wohnkultur. Die Gemeindeverwaltung sollte der Bevölkerung auch weiterhin die Möglichkeit geben, moderne Möbel besichtigen zu können, die in die modernen Gemeindebauten passen. Der Redner stellt daher den Antrag, in zwei Wohnhausanlagen der Gemeinde Wien, die in der nächsten Zeit fertiggestellt werden, je eine Wohnung mit Standard-Möbeln moderner Konstruktion auszustatten und diese Wohnungen den Interessenten, vor allem den in die neuen Gemeindebauten eingewiesenen Mietern als Beispiel für praktische und zeitgemäße Ausstattung zugänglich zu machen. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.) Die Anschaffung neuer Möbel begegne jedoch gerade bei jungen Ehepaaren materiellen Schwierigkeiten. Die Gemeinde Wien möge eine Aktion einleiten, um den jungen Ehepaaren durch Zuerkennung von Krediten die Möbelanschaffung zu erleichtern.

Er wendet sich dagegen, daß die Kommunistische Partei die Mieter durch Meldungen über Verrat am Mieterschutz mit Zinserhöhungen beunruhige und verweist darauf, daß die jüngst im Parlament verabschiedeten Gesetze weder einen Abbau des Mieterschutzes noch eine Zinserhöhung bewirken. In den letzten 10 Jahren ist bei den Althäusern überhaupt nichts oder nur wenig repariert worden, obwohl die Hauseigentümer in den 10 Jahren den guten Mietzins einkassiert haben. Er regt an, zu diesem Zwecke einen Ausgleichsfonds zu schaffen.

Abschließend stellt der Redner zu den Ausführungen des GR.Hausner über die Vertretung der Mieter in den Gemeindehäusern fest, diese Mieter haben sich ihre Vertretung in demokratischer Weise gewählt und sie arbeiten auch im Dienste der Gemeindemieter. Aber man kann der Gemeindeverwaltung nicht zumuten, daß, wenn sie schon die Baukosten abschreibt, dann noch obendrein für die Betriebskosten aufkommt. Denn das kann nur auf Kosten der Allgemeinheit geschehen, und es ist nicht zu vertreten, daß die Mieter in den Privathäusern für die Gemeindemieter zahlen.

Er spricht die Hoffnung aus, daß auf dem Gebiete des Wohnungswesens weitere Fortschritte im Interesse der Bevölkerung erzielt werden und erklärt, daß die sozialistische Fraktion für dieses Kapitel stimmen wird.

GR.Dr.Altmann (LBl) nimmt zu den letzten Ereignissen im Gemeinderat Stellung. Er spricht über die Obstruktionsdebatte der Österreichischen Volkspartei, deren Besonderheit es war, daß die Obstruktionsredner für die Vorlage sprachen. Anscheinend handelte es sich hier um irgendwelche Vorteile, die die eine Fraktion der Mehrheitsparteien vor der anderen haben wollte. Und dies sollte mit Mitteln der Erpressung erzwungen werden. GR.Dr. Altmann bezeichnet dieses Vorgehen als eine Schande für den Gemeinderat. Es wäre auch eine grobe Unterlassung, daß nach Wiederaufnahme der Sitzung - die, statt wie angekündigt, nach fünf Minuten, erst nach mehreren Stunden erfolgte - nicht erwähnt wurde, wieso es zur Absetzung des Kapitels VII kam. Es wurde ohne jede Erklärung mit der Behandlung der Geschäftsgruppe VIII begonnen. Der Redner erklärt, man dürfe die Geschäftsordnung, eine der wesentlichen Grundlagen der parlamentarischen Demokratie, nicht ganz einfach außer acht lassen. Man hätte es nicht einmal für nötig gefunden, von den Dingen, die sich abspielten, auch nur ein Wort dem Gemeinderat mitzuteilen.

Im übrigen gab er seiner Überzeugung Ausdruck, daß sich die ÖVP und SPÖ wieder einigen werden. Er betonte aber, daß diese Regierungsform und die Politik der Regierung nichts mehr mit Demokratie zu tun haben.

Auf das Kapitel^{VIII} selbst eingehend, beschäftigt sich der Redner ausführlich mit dem vom Nationalrat verabschiedeten Wohnungsgesetzen. Er stellt sich gegen die Meinung von Stadtrat Thaller und GR. Swoboda, daß bei diesen Gesetzen Fortschritte erzielt wurden und erläutert im einzelnen die Nachteile, die sie noch immer beinhalten. Vor allem wendete er sich dagegen, daß die Eigentumswohnungen zu einem Schacherobjekt gemacht werden können.

In seinem Schlußwort nahm Stadtrat Thaller zur Kritik an der Zinspolitik in Gemeindebauten Stellung und erklärte, er wolle gegenüber den Ausstreunungen, die es in den letzten Monaten gegeben habe, feststellen, daß die Gemeinde Wien nicht in einer einzigen Wohnung, die sich in einem Neubau befindet,

den Instandhaltungszins erhöht habe. Ein solche Erhöhung sei nur in alten Gemeindehäusern notwendig geworden. Hingegen war es notwendig, die Betriebskosten neu festzusetzen. Es ist unmöglich, erklärte der Stadtrat, daß wir den Mietern in den Gemeindehäusern auch noch die Betriebskosten schenken. Wir haben im Vorjahr einmal einen Strich unter den alten Rest gemacht und den Mietern in den Gemeindewohnungen 3 Millionen Schilling an Betriebskosten nachgelassen. Aber vom Februar dieses Jahres an werden die Betriebskosten auf den letzten Groschen verrechnet. Wir können uns nicht den Luxus leisten, auf der einen Seite Wohnungen zu bauen und auf der anderen Seite den Mietern keine Betriebskosten zahlen zu lassen. Infolge Erhöhung der Gebühren und der Materialpreise war die Gemeindeverwaltung leider gezwungen, mit 1. Dezember die Betriebskosten von 23 auf 29 g pro Quadratmeter zu erhöhen. Ebenso war es leider auch erforderlich, die Waschküchengebühren hinaufzusetzen.

Wenn es heute vorkomme, daß Mieter in Gemeindewohnungen den Zins nicht zahlen können und die Hilfe der Fürsorge in Anspruch nehmen, dann bedeute vielleicht gerade das einen Beweis dafür, daß die Wohnungsbedürftigen unbeeinflusst von dem Einkommen, das einzelne Familien haben, in Neubauten eingewiesen werden. Die vom Sprecher des Linksblocks behauptete Unruhe in den Gemeindehäusern wegen Maßnahmen der Verwaltung, die in jedem privaten Haus eine Selbstverständlichkeit sind, entsteht normalerweise nicht aus der Mitte der Mieter, sondern werde bedauerlicherweise von außen in die Gemeindebauten hineingetragen.

Ein neu gebautes Haus erfordert eine Reihe von Jahren keine besonderen Erhaltungskosten. Dies galt auch für die Gemeindebauten der ersten Republik. Es konnte daher damals eine Reserve für spätere Jahre aufgestapelt werden. Heute ist die Gemeinde nicht in der Lage, schon solche Reserven ansammeln zu können. Wir haben in diesem Jahr, erklärt der Stadtrat, 20 Millionen für die Instandsetzung der Gemeindehäuser ausgegeben und wir werden für das nächste Jahr nochmals denselben Betrag benötigen.

Wir hoffen, daß wir dann alle Gemeindehäuser auf den Glanz werden hergerichtet haben. (Beifall bei den Sozialisten.) Dann wird kein Mieter in einem Gemeindehaus sagen können, daß diese Häuser vernachlässigt werden. Es tut mir selbst am meisten weh, wenn ich sehe, wie sehr in den letzten 15 Jahren die Gemeindehäuser verlüdert sind. Wir haben, wenn wir ein Gemeindehaus betraten, immer ein Schmuckkästchen gesehen, heute finden wir vielfach eine alte Burg vor, die wir jetzt wieder instand setzen wollen.

Gegenüber der Meinung des GR.Hausner, unsere Zinse seien zu hoch und man sollte sich an den Volksdemokratien ein Beispiel nehmen, führt Redner die Zinse in der Tschechoslowakei an und erklärt, daß diese nach der jetzigen Geldrelation dreimal so hoch sind wie in Österreich. (GR.Dr.Matejka: Wenn das so weiter geht, werden die bald eingehen!) Das weiß ich nicht, das ist nicht meine Sorge, ich habe nur festgestellt, wieviel die Mietzinse dort höher sind.

Zu der Forderung auf Planung der Siedlungsbewegung erklärt er, dazu ist nicht nur der Bau gemeindeeigener Siedlungen notwendig, sondern auch Kredite für Eigenheimsiedlungen, die aber nicht, wie es die Volkspartei wünscht, an einzelne, sondern an Genossenschaften vergeben werden sollen. Mehr politische Initiative auf diesem Gebiete, wie sie GR.Hausner fordert, ist aber nicht Aufgabe des Verwalters, das ist Aufgabe einer politischen Partei. Die Sozialistische Partei hat es an dieser Initiative nicht fehlen lassen! (Beifall bei der SPÖ.)

Obwohl die Sozialisten dem Wohnungseigentum nicht absolut ablehnend gegenüberstehen, verurteilen sie, daß mit den Mitteln des Wiederaufbaufonds Mißbrauch getrieben wird. Aber die meisten Altmieter kommen in den Wohnungen unter. Auch können Wohnungen, die auf Kosten des Staates, der Allgemeinheit gebaut werden, nicht einfach verschoben und verkauft werden, sondern es ist nach den neuen gesetzlichen Bestimmungen ein Verkaufsverbot für 5 Jahre festgesetzt.

Er wendet sich gegen die Behauptung des Gr.Dr. Altmann, daß die Erhöhung der Instandhaltungszinse ein Geschenk an die Hausherrn sei und erklärt, sie werden nur solange erhöht, bis die Reparatur abbezahlt ist. Der Hausherr kann schon deswegen keine Geschäfte damit machen, weil auch der zweite Teil, die Mieter, Offerte einholen können.

In der Magistratsabteilung 52 ist zweimal in der Woche Parteienverkehr, bei welcher Gelegenheit jeder die Möglichkeit hat, sich zu erkundigen, ob er Aussicht hat, seine Möbel zurückzubekommen.

Der Redner geht sodann auf die Kritik des GR. Altmann bezüglich der Berufung von Vertretern der Mietervereinigungen in die Schlichtungskommissionen und Mietenkommissionen ein. Von einem Bruch des Gesetzes kann nicht die Rede sein, denn es enthält keine Bestimmung darüber, welche Vereinigung der Mieter oder Hausherrn bei der Bestellung der Kommissionsmitglieder herangezogen werden muß. Es ist aber in diesem Hause bei Verhandlungen seit eh und je üblich gewesen, sie jeweils mit der größten Organisation zu führen, und diese ist auf diesem Gebiet die Österreichische Mietervereinigung. Und wenn der GR. Altmann die hiesige Demokratie als Theater bezeichnet, dann kann man die Volkdemokratie nur eine Karikatur nennen. (Beifall bei den Sozialisten.) Er möge sich auch nicht den Kopf über die Koalition zerbrechen. Was die Sozialistische Partei in der Verwaltung der Stadt Wien mit der Österreichischen Volkspartei verbindet, ist keine Liebes-, sondern eine Vernunft-ehe, und es ist nur bedauerlich, daß ein Teil in dieser Vernunft-ehe nicht immer nach Vernunft handelt. (Neuerlicher Beifall bei den Sozialisten.) Die im Parlament beschlossenen, die Wohnbaufrage betreffenden Gesetze, haben eine ganze Reihe von Verbesserungen gebracht. Wenn dabei vom Verrat an den Mieterinteressen geschrieben wird, so sind diese Zeitungsschreiber nicht von der geringsten Sachkenntnis angekränkt.

Mein Optimismus, schließt der Redner, ist begründet, Denn wenn wir in jedem Jahr 5000 neue Wohnungen bauen und nur 500 zugrunde gehen, dann muß irgendwann einmal die Wohnungsnot überwunden werden.

Wir wollen mit dem sozialen Wohnhausbau nichts anders bezwecken als die Erhaltung des Mieterschutzes und die Sicherung des Obdachs! (Beifall bei den Sozialisten.)

Damit ist die Behandlung der Gruppe VIII beendet. Vor der Abstimmung stellt Bürgermeister Dr.Körner fest, daß die erforderliche Hälfte der Mitglieder des Gemeinderates anwesend ist. Bei der Abstimmung wird das VIII.Hauptstück einschließlich der dazugehörigen Ansätze des außerordentlichen Vorschlages angenommen. Der Antrag des GR.Swoboda auf Errichtung von zwei Musterwohnungen für Gemeindebauten wird gleichfalls angenommen.

Der Bürgermeister schließt die Sitzung um 19 Uhr 30 mit dem Wunsch an die Mitglieder für wenigstens drei glückliche Feiertage.

Die Budgetverhandlungen werden Mittwoch, den 27.Dezember, um 9 Uhr fortgesetzt werden.

Wiener Berufsschüler helfen den Blinden
=====

22. Dezember (Rath.Korr.) Alljährlich wird an den gewerblichen und kaufmännischen Berufsschulen und den Lehranstalten für Frauenberufe Wiens eine Sozialaktion veranstaltet, die beweisen soll, daß die arbeitende Schuljugend sich der Verpflichtung der Gemeinschaft gegenüber bewußt ist, daß sie soziales Empfinden besitzt.

In den letzten Wochen wurden von den gewählten Klassenvertreuerleuten dieser Schulen eine Sammlung zu Gunsten des Österreichischen Blindenverbandes durchgeführt.

Bis jetzt wurden im Schulgemeindereferat S 23.968.82 zur Errichtung einer Werkstätte für weibliche Blinde und Erweiterung der Blindenbibliothek abgegeben. Mit diesem Ergebnis hat die Schulgemeinde der arbeitenden Schuljugend allen Erwachsenen ein richtungsgebendes Beispiel gezeigt.

Die Symphoniker ehren den Bundespräsidenten
=====

22. Dezember (Rath.Korr.) Die Bläser-Kammermusik-Gruppe der Wiener Symphoniker ehrte gestern den Bundespräsidenten durch den meisterlichen Vortrag der Serenade von Richard Strauß. Sodann überreichte der Orchestervorstand auf Grund eines im Oktober gefaßten Beschlusses dem Staatsoberhaupt den Bruckner-Ring der Symphoniker. Bundespräsident Dr. Renner sprach den Symphonikern mit herzlichen Worten der Anerkennung und Würdigung der Bedeutung des Orchesters seinen Dank aus.

Weihnachtsfreude durch "Jugend am Werk"

=====

22. Dezember (Rath.Korr.) Eine Abordnung von Burschen und Mädchen der Aktion "Jugend am Werk", die mit ihrem Leiter, Amtsrat Blazsovsky und dem Leiter des Jugendamtes der Stadt Wien, Obermagistratsrat Prof. Tesarek, heute im Rathaus erschienen, überbrachten Bürgermeister Dr. h. c. Körner anlässlich der Weihnachtsfeiertage einen komplett eingerichteten, großen Spielkaufmannsladen, der von den Tischlern, Anstreichern und anderen Lehrwerkstättengruppen angefertigt worden war. Der Laden enthält eine Unzahl österreichischer Markenartikel, die künftige Verkäuferinnen geschmackvoll arrangiert haben.

Der Bürgermeister wird dieses Spielzeug, das ein Stück praktisches Leben darstellt, auf Dauer dem großen Kinderhort Hasenleiten zur Verfügung stellen.

Vizebürgermeister Honay erhielt als Weihnachtsgeschenk aus der "Jugend am Werk"-Lehrwerkstätte für Metallbearbeitung einen kunstvoll ausgeführten Miniaturamboß.